



INTERVIEW MIT STEFAN LIEBIG

„Die Konsequenz von empfundener Ungerechtigkeit kann ein Rückzug sein“

Prof. Dr. Stefan Liebig, Vorstandsmitglied und Direktor der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin

1. **Herr Liebig, es wird öffentlich viel über eine ungerechte Einkommensverteilung diskutiert. Ist das nur eine subjektive Wahrnehmung oder auch statistisch, wissenschaftlich belegbar?** Die Einkommensungleichheit können wir sehr gut messen. Aber wir können wissenschaftlich nicht bestimmen, ab wann eine Einkommensungleichheit ungerecht ist. Dafür gibt es keine klaren wissenschaftlichen Kriterien, weil Gerechtigkeit ein Wertmaßstab ist. Wir können aber die Menschen fragen, welche Einkommensungleichheit sie als gerecht oder ungerecht empfinden, und das kann man dann mit statistischen Verfahren wissenschaftlich bearbeiten.
2. **Sie konnten in einer Auswertung auf Angaben von 2417 Personen zurückgreifen. Welche Einkommen werden insgesamt eher als ungerecht empfunden: die sehr niedrigen oder die sehr hohen?** Bei der Bewertung der Einkommen anderer beobachten wir, dass die unteren Einkommen von einer sehr sehr großen Mehrheit der Bevölkerung als ungerechterweise zu niedrig wahrgenommen werden. Interessanterweise gibt es dieses Ungerechtigkeitsempfinden bei den oberen Einkommen nicht in dem Maße. Hier sagt nur ein Drittel der Befragten, dass die Einkommen ungerechterweise zu hoch sind. Das heißt, zwei Drittel der Befragten glauben, dass die Einkommen im oberen Einkommensbereich durchaus gerecht sind.
3. **Welche Einkommensgruppen haben selbst besonders stark das Gefühl, unterbezahlt zu werden?** Die Frage, wie bewerten Sie Ihr eigenes Einkommen, stellen wir im Sozio-oekonomischen Panel seit 2005. Dabei beobachten wir relativ konstant, dass zwischen zwei Drittel und drei Viertel der Befragten ihr eigenes Einkommen als gerecht wahrnehmen und nur eine Minderheit es als ungerecht wahrnimmt. Erwartungsgemäß nehmen diejenigen, die sehr wenig verdienen, ihr Einkommen ungerechter wahr als diejenigen, die höhere Einkommen haben.
4. **Welche gesellschaftlichen Folgen hat es, wenn das Einkommen als ungerecht empfunden wird?** Wir können

mit unserer Studie zeigen, dass das Gefühl, die unteren Einkommen wären in Deutschland ungerechter Weise zu niedrig sind, tatsächlich dazu führen könnte, dass die Menschen sich am politischen Willensbildungsprozess nicht mehr beteiligen. Die Konsequenz von empfundener Ungerechtigkeit ist also nicht ein Aufbegehren, sondern eher ein Rückzug. Das ist, glaube ich, das gesellschaftspolitisch Gefährliche. Interessant ist auch, dass die Bewertung der hohen Einkommen zwar keinen Einfluss hat auf die Bereitschaft, zur Wahl zu gehen. Sie kann aber zur Folge haben, dass Personen am Arbeitsplatz weniger Engagement zeigen. Dabei ist es egal, ob ich mein eigenes Einkommen als gerecht oder ungerecht wahrnehme.

5. **Heißt das in der Folge, dass sich die riesigen Gehälter von Topmanagern unter Umständen auf die Arbeitsbereitschaft ihrer Belegschaft auswirken können?** Ganz genau. Wenn diese Spitzenmanager hohe Bezüge erhalten und ihr Leistungsverhalten dem scheinbar nicht entspricht, dann wird dies offenbar als eine Verletzung des Leistungsprinzips, das in unserer Gesellschaft sehr stark verankert ist, angesehen, sodass die Leute sagen: wenn die da oben trotz schlechter Leistung viel verdienen, warum soll ich mich dann anstrengen? Das ist gefährlich. Es geht nicht darum, dass die Gehälter zu hoch sind. Das tatsächliche Problem ist, dass bestimmte Regeln, die wir in der Gesellschaft haben, für manche Leute offenbar gelten und für manche scheinbar nicht.
6. **Vielfach werden politische Eingriffe in die Einkommensverteilung gefordert. Halten Sie das für sinnvoll?** Unsere Ergebnisse zeigen, dass es sinnvoll ist, zumindest bei den niedrigen Einkommen einzugreifen. Die Einführung des Mindestlohns ist ein Beispiel dafür, wie man das tun kann. In einer anderen Studie konnten wir zeigen, dass die BezieherInnen von niedrigeren Einkommen ihre Einkommen seit der Einführung des Mindestlohns als durchaus gerechter wahrnehmen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang 12. September 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;

Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig;

Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.;

Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Stefan Bach; Dr. Johannes Geyer

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;

Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;

Matthias Laugwitz; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit

Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den

Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter